

Warthausen stimmt für IGI-Meilenstein

Rat gibt grünes Licht für Bebauungsplan - Personalie führt zu Diskussionen



Im Rißtal bei Warthausen soll ein Industriegebiet entstehen. (Foto: Andreas Spengler)

Von Andreas Spengler

Warthausen

Das geplante interkommunale Industriegebiet im Rißtal (IGI) ist einen entscheidenden Schritt vorangekommen. In der Ratssitzung in Warthausen stimmte eine deutliche Mehrheit der Räte in einem Weisungsbeschluss für den Bebauungsplan. Mit einem Scheitern rechnet inzwischen niemand mehr. Die Gegner des Gebiets störten sich indes vor allem an einer Personalie.

Einen „Meilenstein“ nannte Bernd Munz, Geschäftsführer des Büros Lars Consult, den jetzigen Schritt im Verfahren: In mehreren Auslegungsrunden hatten die Bürgerinnen und Bürger sowie Träger öffentlicher Belange zuletzt die Möglichkeit, Einwände gegen die IGI-Planungen einzubringen. Nun hat der Warthausener Gemeinderat zum letzten Mal diese Einwände abgewogen und schließlich mit einer deutlichen Mehrheit von sieben Ja-, zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen für den Bebauungsplan in der jetzigen Form gestimmt. Mit dem nun folgenden Satzungsbeschluss ist das Verfahren abgeschlossen.

Formal gesehen gab der Rat zwar lediglich den Weisungsbeschluss, doch die Vertreter im Zweckverband müssen diesem folgen. Und die Warthausener Räte galten von Beginn an als besonders kritisch. Erteilt der Warthausener Rat seine Zustimmung, so dürfte dem Vorhaben erstmals nichts mehr im Wege stehen. Die nächste Versammlung ist für den 22. Dezember geplant.

Christian Kuhlmann, Baubürgermeister der Stadt Biberach und stellvertretender Vorsitzender im Zweckverband, machte in Warthausen deutlich: „Der Bedarf der Firmen ist sehr dringlich, das gilt zurzeit vor allem für die Firma Liebherr.“

In der Diskussion mit den Gemeinderäten wurden abermals mehrere Streitpunkte ausgetauscht. Die Vertreter der Fraktion ÖBB, Rudolf Haug und Peter Maier, trugen erneut ihre Kritik vor. Haug zielte vor allem auf eine mögliche Gefährdung des Trinkwassers, den Flächenverlust und mögliche Überflutungen ab. Den politisch Verantwortlichen warf er „Gemauschel“ vor. Christian Kuhlmann wies diese Kritik als „unfair und unpassend“ zurück. Er erinnerte daran, dass bereits bei der ersten Auswahl der Flächen sehr genau darauf geachtet worden sei, Konflikte so weit wie möglich zu vermeiden. „Die Entscheidung hat sich keiner leicht gemacht.“ Außerdem sei die Landwirtschaft von Beginn an mit im Boot gewesen. „Natürlich jubelt niemand von uns, wenn Flächen der Landwirtschaft verloren gehen“, fügte Bernd Munz hinzu.

Auch das Thema Überflutungen sei von den Ingenieuren genau durchdacht worden. Ein außergewöhnlich extremes Wetterereignis sei zwar mit keinen Schutzmaßnahmen in den Griff zu bekommen. „Ich kenne aber kein Baugebiet, bei dem so genau überlegt worden war, wie man Stark-regen in den Griff bekommt“, sagte Kuhlmann.

Die ÖBB-Fraktion wollte sich mit diesen Argumenten nicht zufriedengeben. Sichtlich unzufrieden war sie auch mit einer anderen Entscheidung: Die Fraktion hatte bereits zuvor den Antrag gestellt, gegen die Ernennung des neuen Schemmerhofer Bürgermeisters Klaus W. Tappeser als IGI-Zweckverbandsvorsitzenden zu stimmen, und stattdessen den Warthäuser Bürgermeister Wolfgang Jautz zum Vorsitzenden zu wählen.

Tappeser wird als Nachfolger des bisherigen Bürgermeisters Mario Glaser das Amt übernehmen. Doch die ÖBB-Fraktion stört sich vor allem daran, dass er „direkter Abkömmling des Regierungspräsidenten des Regierungspräsidiums Tübingen – der Aufsichtsbehörde über den Zweckverband – ist“, wie es in der Antragsbegründung hieß. Außerdem habe sich gezeigt, dass zur „Interessenwahrung der Gemeinde Warthausen die Stellung des Zweckverbandsvorsitzenden erstrebenswert ist“. Schließlich trage die Gemeinde die Hauptlast und stelle nahezu alle Flächen. Doch eine Mehrheit im Gemeinderat sah das offenbar anders. Vera Schlossbauer (FW) forderte, dass sich die Gemeinde auf ihre Pflichtaufgaben konzentrieren solle, da sich Warthausen weiterhin in einer „prekären“ Situation befinde. Am Ende scheiterte der Antrag der ÖBB an der Mehrheit aus CDU und dem Großteil der Freien Wähler. Lediglich Heribert Moosmann stimmte für den ÖBB-Antrag. Er sagte aber auch: „Das IGI wird kommen, egal unter welchem Vorsitz.“

Der Regierungspräsident Klaus Tappeser ließ indes noch schriftlich mitteilen, dass er alle Aufgaben, die mit dem IGI zusammenhängen, inzwischen an seine Stellvertreter abgegeben habe.
